

# NOVEMBER

ZEITUNG DER MARXISTEN IN SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr. 28 1991 Preis 7.-

Solidaritätspreis 10.-

# Laßt doch die Reichen zahlen!

- \* 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn sofort!
- \* 12.000 öS Mindestlohn netto!
- \* Kein Ausverkauf der Verstaatlichten Unternehmen!
- \* Kein Sozialabbau!
- \* Arbeiterkontrolle und -verwaltung in der Wirtschaft!

Unsere Regierung hat beschlossen zu sparen. So weit, so gut. Aber bezahlen werden wir! Wenn wir sie damit durchkommen lassen. Das Budgetdefizit wollen sie um jeden Preis senken. Aber die Wünsche der Ressortchefs für das Jahr '92 liegen um 63 Milliarden höher als geplant. Um diese zu reduzieren, schrieb Lacina Briefe mit Vorschlägen, die alles andere als sozial sind.

Einige der Vorschläge: Erhöhung der Postgebühren mit 1.1.92, Hochschulgebühren, Studienbeihilfen in Form eines Kreditsystems, Gebühren für die Benutzung von Hochschuleinrichtungen, vermehrt Geld- statt Freiheitsstrafen, Einstellung des Familienhärteausgleichsfonds, eine Verringerung der Förderung der Familienberatungstellen, Erhöhung der Arbeitslosen- und der Krankenversicherungsbeiträge usw.

## Soziale Ungerechtigkeit

Diese Vorschläge haben eines

gemeinsam - sie gehen auf Kosten jener, die sowieso nur wenig haben. Zum Beispiel: Die Postgebühren sind für alle gleich hoch - aber wenn man 8000.- pro Monat verdient, belasten sie mehr, als wenn man 80.000.- verdient.

Oder: Hat man Geld, kann man sich eine private Familienberatung leisten, hat man keines, hat man Pech gehabt.

Oder: Hat man Geld, können die Kinder studieren, wie bisher. Hat man keines, "darf" der Studierende

vom Staat einen "Kredit" aufnehmen. "Dieses System würde bedeuten, daß sozial Schwache am Ende ihres Studiums vor einem Schuldenberg von mehreren hunderttausend Schilling stehen", erklärt eine Vertreterin



Steuererhöhungen bereits 1992?

## I N H A L T :

Transithölle.....	Seite 3
Der Präsident.....	Seite 3
ALIA.....	Seite 4
Buchtipp.....	Seite 4
Flüchtlings-Interview....	Seite 5
Jugoslawien.....	Seite 6
Kündigungen bei Falk....	Seite 7
Sowjetunion-Putsch.....	Seite 8
EG - Nein Danke.....	Seite 10
ÖGB - Druck tut not!....	Seite 11
Bundesheer-Raketen.....	Seite 11
Aus den Betrieben.....	Seite 12
Kampffond.....	Seite 13
Brotpreis.....	Seite 13
Kopf-Steuer Interview....	Seite 14
Leserbrief.....	Seite 15
Mahmoud-Kampagne.....	Seite 15
Was wir wollen!.....	Seite 16

der Österreichischen Hochschüler-schaft. Um sich das Studium finanzieren zu können, müssen 75% arbeiten, 10% davon das ganze Jahr, 40% "nur" in den Ferien.

## Die Lösung à la Busek

ÖVP-Obmann Busek hat auf die Vorschläge Lacinus prompt reagiert. Er lehnt zwar Studiengebühren (noch?) ab, begrüßt aber alle anderen Vorschläge für den Hochschulbereich (d.h. Stipendien als Kredite, Gebühren für die Benutzung der Hochschuleinrichtungen). Außerdem hat auch er Vorschläge, wie man die lästigen 63 Milliarden loswerden könnte. Die Ministerien sollten auf Einsparungsmöglichkeiten durchforstet werden - damit will er etwa die Hälfte wegbringen. 25 Milliarden will er durch Privatisierung hereinbringen. Aber was kann man privatisieren? Käufer würden sich nur für jene Teile der Verstaatlichten finden, die Gewinne abwerfen. Die anderen Betriebe kriegt man wohl nur in Verbindung mit saftigen Subventionen los. Der geplante Ausverkauf der Verstaatlichten ist ein weiterer Angriff auf die Arbeiter. In einem privaten Betrieb sind Löhne und Sozialleistungen schlechter, und letztlich profitieren von einer Privatisierung nur die neuen Eigentümer und die Großaktionäre.

## Woher kommt das Geld? Wofür wird es ausgegeben?

Auch uns ist klar, daß man Geld nicht nur ausgeben kann, sondern auch darauf achten muß, das man es hat. Wichtig ist aber, woher es kommt, und wofür es ausgegeben wird.

Von der großen Steuerreform 1988 profitierten vor allem die gut Verdienenden. Das Statistische Zentralamt spricht "von einer stärkeren Wirksamkeit der Reform bei höheren Einkommen". Gleichzeitig stiegen die Einkünfte aus Besitz (+7,4%), Gewerbebetrieben (+10%) und Freien Berufen (+8,8%) von 1985-89 viel stärker als die Löhne und Gehälter (+5,1%). Nach wie vor verdienen 450.000 Beschäft-

tigte weniger als 10.000.-brutto. Die Einkommensunterschiede zwischen gut und schlecht Verdienenden werden immer größer - und sollen nun auch noch ausgebaut werden.

Wofür wird dieses Geld nun ausgegeben? Es wird für die Verwaltung genutzt, fließt den verschiedenen Ministerien zu und finanziert Bildungswesen, den Wohnbau und den Umweltschutz. Aber auch Militärausgaben, Subventionen und Politikergehälter.



Wird die Universität durch Benüt-zergebühren und Stipendienkredite zur Eliteuni für die Reichen?

## Subventionen

Diese Subventionen werden auch an ausländische Unternehmen vergeben, um sie nach Österreich zu holen, um damit Arbeitsplätze zu schaffen. So erhielt z.B. Philips Ende der 70er Jahre nicht nur ein Grundstück sondern auch noch Subventionen im Gesamtwert von über 100 Millionen Schilling, denen weitere folgten. Zusätzlich gab es jahrelang eine Videorecorder-Kontingentierung, um Philips vor der Konkurrenz aus Fernost zu schützen. Anfang '91 verkündete der Konzern, daß jeder 8. Arbeitnehmer von Philips-Österreich seinen Arbeitsplatz verlieren wird. Nichtsdestoweniger wartet Philips auf die Gewährung einer weiteren Förderung in der Höhe von 600 Millionen Schilling (20% der gesamten Investitionssumme).

Diese Subventionen dienen wohl eher dazu, den Gewinn der Besitzer zu erhöhen, als Arbeitsplätze zu schaffen.

Eine weitere Milliarde ging dem Finanzministerium verloren, weil es den Arbeitgeberbeitrag zur Unfallversicherung von 1,4 auf 1,3% verringerte. Dafür sollen aber nun Arbeitslosen- und Krankenversicherungsbeiträge erhöht werden.

Diese Vorschläge sind alles andere als sozial. Eine sozialistische Finanzpolitik muß anders aussehen. Das Geld muß daher kommen wo es ist - von den Reichen. Durch ein Steuersystem, in dem es keine indirekten Steuern (z.B. Mehrwertsteuer) mehr gibt sondern eine stark mit dem Einkommen ansteigende Steuer, die sich am realen Einkommen orientiert. Es darf keine Subventionen für Kapitalisten mehr geben, und die Militärausgaben müssen radikal gekürzt werden. Die großen Konzerne müßten enteignet und unter Arbeiterkontrolle weitergeführt werden, damit der Reichtum denjenigen zukommt, die ihn schaffen - den Arbeitern.

Sonja Grusch SJ 23

## WIR TREFFEN UNS:

**SJ 5:**  
Gruppe Funke: jeden Mittwoch  
19 Uhr 5, Grünwaldg.4  
**Linke Aktions Gruppe:**  
jeden Dienstag  
19 Uhr 6, Wallg.4  
**SJ 20:**  
Gruppe SAJ: jeden Mittwoch  
19 Uhr 20, Wehlstr.20/28  
Kellerlokal (Nähe Engelsplatz)  
**SJ 23:**  
Gruppe Offensiv: jeden Dienstag  
19 Uhr 23, Sobotag./Purkytg.

## IMPRESSUM:

**Eigentümer, Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:**  
e.V. VORWÄRTS zur sozialistischen Demokratie, Postfach 2 1082 Wien  
**Druck:** A.Riegelnlk  
Piaristeng.19 1080 Wien  
**Erscheinungsort:** Wien  
**Hergestellt aus Recycling-Papier**

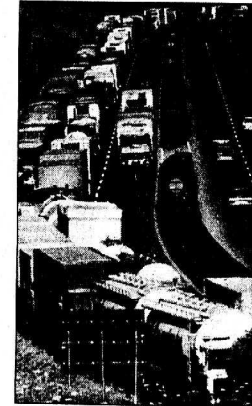
## TRANSITHÖLLE

Tonnen von Kohlenmonoxid, Kohlenwasserstoffen, Stickoxiden und Bleiblasen die Auspuffrohre Jahr für Jahr in die Luft der Transitrouten durch Österreich.

Beispiel Tirol. Die chemischen Namen sagen wenig aus. Aber die Folgen für die Menschen sind drastisch: Lungenkrebsrisiko, Schlaf- und Konzentrationsstörungen und viele Krankheiten steigen, der Verbrauch von Nikotin und Medikamenten erhöht sich. Die Umwelt stirbt. In Tirol sind bereits 42% des Schutzwaldes sichtbar geschädigt, mehr als 2% tot.

Die Alpenregionen sind zum Durchzugskorridor der EG-Staaten geworden. 95% der LKWs auf Tirols Straßen sind nur auf der Durchreise. Realer Kapitalismus in der EG heißt: Produziert wird dort, wo es weniger Umweltauflagen, billige Arbeitskräfte und hohe Subventionen gibt. Die Fertigung eines Produktes wird auf mehrere Standorte und Länder aufgeteilt. Je nachdem, welcher Standort mehr Profit für den Unternehmer bringt. Die LKWs werden zudem noch als rollendes Warenlager benützt, um hohe Lagerkosten zu umgehen. Direkt vom Fließband werden die Produkte in den LKW geladen. Verlierer sind wir und die Umwelt.

Der Gütertransport mit LKW wird von den Unternehmern bevorzugt. Die Kosten für Autobahnen, Unfälle und Energie können leicht auf den Staat abgewälzt werden. Somit bezahlen die Steuerzahler den Profit des Kapitalisten noch mit. In die Bahn als Transportmittel ist bis jetzt viel zu wenig investiert worden. Daher zuerst: massives Zurückdrängen der LKWs durch Ausbau der Bahn und gesetzliche Regelungen. Die Unternehmer reden immer nur von der freien Wahl des Transportmittels. Und was ist mit unserer Gesundheit? Mittlerweile hat der Autobahnbau jedes vernünftige Maß überschritten. Die Subventionierung des Straßenbaus verschleierte die wahren Kosten des LKW-Verkehrs. Wiederum kommt die Bahn zu kurz. So soll das



ohnehin unzureichende Konzept der "Neuen Bahn" erst nächstes Jahrzehnt wirksam werden. Währenddessen rollt die Auto- und LKW-Lawine über uns. Solange der Profit der Unternehmer einziges Maß der Dinge ist, werden wir die Kosten zu zahlen haben. Und die Umwelt. Umweltschutz, Verkehrspolitik und Verteilung des Reichtums hängen zusammen. Um die Bahn wirksam ausbauen zu können, müssen wir die Kapitalisten enteignen. Um die Produktion planen zu können, um unnötigen und teuren Transport zu vermeiden, müssen wir die großen Unternehmen und Banken in öffentlichen Besitz übernehmen. Die Arbeiterdemokratie und -kontrolle wird uns die politische Macht in die Hände geben. Es ist fünf vor zwölf. Für unsere Umwelt und Gesundheit.

T.K.

## Der Präsident

Nach der katastrophalen Politik der letzten Jahre droht die SPÖ -Spitze in ihrer großkoalitionären Konsenswut zu einer weiteren politischen Selbsthinrichtung zu schreiten: die Kandidatennominierung bei den kommenden Bundespräsidentenwahlen.

Das Debakel der letzten Wahlen ist noch kaum verwunden. Der ÖVP gelang es zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte, ihren Kandidaten mit nationalistischer Propaganda durchzubringen. Möglich war das durch die defensive und völlig falsche Politik der Parteiführung. Anstatt Waldheim offen als Kandidat der Unternehmer anzugreifen, wurde auf das eine oder andere Gerücht, nach außen hin aber nur auf die Sonnenbräune des Kurti Steyrer gesetzt. Der Schluß, den Vranz & Co aus diesem Debakel ziehen, ist aber nicht, durch einen SPÖ - Kandidaten und ein kämpferisches Programm bei den kommenden Bundespräsidentenwahlen den schwarzen Waldheimvergangenheitsfleck wieder auszubessern. Es soll unter Umständen sogar einen gemeinsamen Kandidaten mit der ÖVP geben. Doch

damit noch immer nicht genug. Der Name, der im Zusammenhang mit diesem Kandidaten immer häufiger fällt, ist kein anderer als der des Industriellenchefs Krejci. Sollte es tatsächlich zu dieser Kandidatur kommen, wäre das ein Schlag ins Gesicht der österreichischen Arbeiter. Ein Hauptfeind der Gewerkschaften, ein Gegner jeglicher sozialer Verbesserung, als Bundespräsidentenskandidat der SPÖ. Wie ein solcher Präsident seine Rechte "aktiv" gebrauchen würde, liegt wohl auf der Hand.

Gegen diesen Wahnsinn gilt es in SJ, SPÖ und ÖGB mobil zu machen. Wir brauchen einen eigenen Arbeiterkandidaten mit sozialistischem Programm, der klar für unsere Interessen eintritt.

John Evers SJ 5

PS: Ganz abgesehen davon, daß das Amt des Bundespräsidenten sowieso abgeschafft werden muß. Als Oberbefehlshaber des Bundesheeres und mit der Möglichkeit, das Parlament aufzulösen und den Ausnahmezustand zu verhängen, könnte dieses Amt in Zukunft zu einer enormen Gefahr für uns werden.

## AUA: Tiefflug bei Löhnen

Bei der AUA fliegen derzeit nicht nur die Flugzeuge, sondern auch die Fetzen. Ganze vier Prozent Lohnerhöhung und eine Prämie in der Höhe von 35 Prozent eines Monatsgehalts wurden bei den letzten KV-Verhandlungen erzielt.

Seither ist am Flughafen Schwechat und in den übrigen Dienstorten der Bär los. Gemeinsam mit der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) setzt die Belegschaft jetzt auf Widerstand gegen die für den KV verantwortlichen Betriebsräte. Etwa 900 Mitarbeiter unterstützten eine Unterschriftenaktion und fordern eine sofortige Einberufung einer Betriebsversammlung. Zu Recht: Waren doch die Erwartungen der AUA-Angestellten nach den KV-Verhandlungen bei der Flughafen-Wien-Betriebsgesellschaft (Ergebnis: Gehaltserhöhung um 5,2%, 93prozentige Prämie) sehr hoch. Bei der AUA gingen die Betriebsräte des ÖVP-nahen FCG bzw. der Namensliste PUL - eine Abspaltung des FCG - einen anderen Weg. Nach der ersten Verhandlungsrunde, an der noch die GPA-Vertreter teilnahmen, setzte man auf ein vertrauliches Gespräch mit der Firmenleitung. Das Resultat war für die AUA-Belegschaft alles andere als überzeugend. Mit dem Argument, die Golfkrise hätte



Flughäfen und -linien finanziell in die Krise gestürzt, versuchte man nun diesen Kniefall vor der Firmenleitung zu erklären. Die Betriebsräte der Flughafen-Wien-Betriebsgesellschaft konnten dieses Argument scheinbar widerlegen.

Die GPA fühlte sich klarerweise von den konservativen Betriebsräten hintergangen und bezeichnete das

Ergebnis als rein betriebsinterne Einigung, der weitere KV-Verhandlungen folgen müßten. Die beiden hauptverantwortlichen Betriebsräte konterten und warfen der GPA vor, im Betrieb Unruhe schaffen zu wollen (eine für Arbeitnehmervertreter etwas unorthodoxe Kritik einer Gewerkschaft).

Die FCG, die mit 7 von 17 Mandaten stärkste Fraktion (FCG:4, PUL:6) will nun so schnell wie möglich Neuwahlen zum Betriebsrat. Und die absolute Mehrheit dürfte nach diesen Vorfällen wohl klare Sache sein. Die Konservativen haben einmal mehr gezeigt, was sie unter Arbeitnehmerpolitik verstehen. Mit einem Kniefall vor den Eigentümervertretern der AUA, ein durchaus expandierendes Unternehmen, daß auch international mithalten kann, brachte man die Arbeitnehmer um eine wohlverdiente Lohnerhöhung. Durchaus kein Einzelbeispiel: Mit dem Hinweis auf Österreichs Bestreben in die EG und den damit verstärkten Konkurrenzkampf gehören diese Gehaltsabschlüsse, schlechte Arbeitsbedingungen, etc. schon zum Alltag. Österreichs Arbeitnehmer spüren bereits jetzt vielfach die Auswirkungen der EG-Politik von Vranz, Mock und &.

Es ist an der Zeit, daß wir uns gegen diese Politik wehren. Eine wichtige Rolle wird dabei die Gewerkschaft spielen. Nur wenn diese konsequent unsere Interessen vertritt, können wir einen hohen sozialen Standard, eine gesunde Umwelt sowie ein hohes Maß an Mitbestimmung erreichen. Da dies allerdings nur international - also

mit den Gewerkschaften in der EG - aber auch der anderen europäischen Staaten möglich ist, muß uns klar sein. Auch hier hat die Gewerkschaft noch viel zu lernen. Wenn schon ein "Haus Europa", dann ein "Haus der Arbeitnehmer". Und zuerst heißt es, im eigenen Zimmer mit den Unternehmerinteressen aufzuräumen.

Gernot Trausmuth SJ Sommerlin

## BUCHTIP

Eine vom Sozialministerium durchgeführte Stichtagerhebung vom 31. Juni 1989 brachte zu Tage, daß an diesem Tag 367 Personalüberlassungsfirmen tätig waren, die 7.955 Arbeitskräfte beschäftigten.

Eine vergleichsweise kleine Branche, deren Geschäftspraktiken schon immer eher schleierhaft waren. Konrad M. Hofer, Soziologe aus Wien, hat diese Praktiken untersucht.

Zwei Jahre lang arbeitete Hofer in über 30 Betrieben als Leiharbeiter. Was er dabei erlebt hat, schildert er in seinem Buch "Würdelos".

Hofer erzählt von den Praktiken der Leiharbeitsfirmen über den Umgang mit Leiharbeitern, über seine Leiharbeitskollegen und von der sozialen Situation der Branchen, in denen er gearbeitet hat. Weiters schildert er uns die Beweggründe, warum jemand als schlecht bezahlter Leiharbeiter tätig ist und die Gründe, warum immer mehr Firmen Leiharbeiter nehmen, statt selbst Personal einzustellen.

Seine Studie, die an Max Winter- oder Günter Wallraff-Reportagen erinnert, ist die einzige ihrer Art. Schon deshalb empfiehlt es sich, dieses sehr interessante und flüssig geschriebene Buch zu lesen.

Konrad M. Hofer: Würdelos  
Verlag für Gesellschaftskritik  
ISBN 3-85115-135-6 (ÖS 198,-)

Jimmy Müller SJ 20

## INTERVIEW: "Ich bin ein Flüchtling"

In Diskussionen hören wir immer wieder die Frage, warum Flüchtlinge eigentlich flüchten. Dieses Interview mit einem iranischen Flüchtling kann vielleicht aufzeigen, was diese Menschen erleben bevor sie zu uns kommen, aber auch was sie hier erleben.

**VORWÄRTS:** Woher kommst Du?

**BAWEK:** Aus dem Iran, aus der Stadt Abadan.

**V:** Warum hast du den Iran verlassen?

**B:** Ich war als Marxist im Iran tätig. Bald nach der Machtergreifung Khomeinis wurden viele meiner Freunde eingesperrt oder getötet. Da auch ich bei den Behörden bereits registriert war, beschloß ich zu fliehen.

**V:** Wie sah Deine politische Tätigkeit aus?

**B:** Ich war Sympathisant einer 1982 aufgelösten Gruppe. Ich komme aus einer Gegend, die im Iran-Irak-Krieg total zerstört wurde. Ich wurde obdachlos und zog mit vielen anderen in die Stadt. In dieser Zeit begann ich politisch aktiv zu werden. Es war auch ein Überlebenskampf. Gemeinsam mit vielen anderen begannen wir Häuser zu besetzen. Diese Häuser mußten dann gegen die Polizei verteidigt werden. Diesen Kampf führten verschiedene linke Organisationen.

**V:** Wie war Deine Flucht?

**B:** Ich kam illegal nach Pakistan, wo ich von der UNHCR (UNO-Flüchtlingsorganisation) als politischer Flüchtling aufgenommen wurde. Ich verbrachte zwei Jahre in Pakistan. Pakistan ist ein extrem armes Land. Wir bekamen 1000 Rupien (etwa 70 US\$ = 840 ÖS) pro Monat, die Überlebensgrenze liegt bei etwa 2000 Rupien. Wir wohnen zu 5 in einem 17m<sup>2</sup> großen Zimmer. Wir waren von der UNO "krankenversichert", doch wir wurden von einem Kinderarzt behandelt, der außerdem mehr als 100 Patienten am Tag hatte. Er kannte manchmal unsere Krankheiten nicht, 2 iranische Flüchtlinge starben an Gelbsucht, weil der Arzt

eine falsche Diagnose erstellt hatte. Wenn man psychische Probleme hatte, wurde man von den "Betreuern" in eine "Psychiatrie" gebracht, wo man mit Ketten an den Händen eingekerkert wurde.

**V:** Wie habt Ihr Euch als politisch erfahrene Menschen verhalten?

**B:** Unsere Protestveranstaltungen vor dem UNO-Sitz in Pakistan, die einen besseren Lebensstandard erkämpfen sollten, wurden von den UNO-Behörden mit Polizei und Gefängnis beantwortet. Bei einem organisierten Hungerstreik im UNO-Gebäude kam die Polizei trotz des UNO-Banns ins Gebäude und vertrieb uns. Später wurde uns die Auslieferung an den Iran angedroht. Einmal wurden wir von pakistanischen Khomeini-Anhängern angegriffen und beschossen.



Iran: Folter gegen Oppositionelle

**V:** Wie war das genau?

**B:** Bei einer von unseren häufigen Protestversammlungen organisierte die iranische Botschaft einen Bus, der diese Schlägertruppe zum UNO-Gebäude brachte. Diese Schlägertruppe war von islamischen Revolutionswächtern (Geheimpolizei) in Zivil unterwandert und wurde von der iranischen Geheimpolizei mit Waffen ausgestattet.

**V:** Sind diese Trupps mit Nazi-Skinheads oder Hooligans vergleichbar?

**B:** Diese Leute sind meist Erwachsene und Anhänger der islamischen Diktatur, aber die Organisationsform ist ähnlich. Aber zurück zur Straßenschlacht. Die Reaktion der UNO war fatal. Sie verweigerte uns jede Hilfe und verbot uns weitere Proteste, obwohl die Gewalt klar von den Khomeini-Anhängern ausging. Sie verweigerten uns auch die Weiterreise, obwohl Pakistan nur als Transitland gedacht war.

**V:** Wie kamst Du nach Österreich?

**B:** Mit Hilfe einer Menschenrechtsorganisation kam ich 1988 nach Wien.

**V:** Wie war der Anfang?

**B:** Ich wurde von der Polizei vom Flughafen nach Traiskirchen gebracht. Dort wurde ich von der Polizei eingeschüchert und über meine politische Tätigkeit verhört. Das Aufnahmegespräch wurde gleich als politisches Verhör genutzt. Auch sonst war es fürchtbar. Es war für Flüchtlinge kein organisierter Deutschkurs gedacht, obwohl das in vielen anderen Ländern z.B. Skandinavien, üblich ist. Und Deutsch ist in Österreich natürlich Überlebenswichtig. Um Deutschkurs, Wohnung und Arbeitsplatz mußte ich mich später selber kümmern. Beim Arbeitsamt und auch bei den meisten österreichischen Behörden ist der Rassismus allgegenwärtig. Man wird oft beschimpft. Wenn ich auf Wohnungsinsereate antwortete, bekam ich oft die Antwort, daß keine Ausländer genommen werden.

**V:** Wie kommst Du mit den Österreichern heute zurecht.

**B:** Irgendwie.

**V:** Fühlst Du Dich ungewollt?

**B:** Das ist unterschiedlich. Von vielen Beamten werde ich abgelehnt. Mit meinen Kollegen am Arbeitsplatz komme ich ganz gut aus. Aber richtige Freunde habe ich dort keine. Aber auch durch die Sprache und durch den Wiener Dialekt gibt es Hindernisse. Aber zu meinem Freundeskreis zählen auch Österreicher.

# JUGOSLAWIEN

In Jugoslawien überstürzen sich die Ereignisse. Im Schatten der Vorgänge in der SU vergeht fast kein Tag ohne eine Vielzahl von Toten und Verletzten. Wo liegen die Ursachen für die nationalen Konflikte und welche Perspektiven hat diese Region?

Jugoslawien wurde 1941 von den Nazis überfallen. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens unter Tito begann auf der ganzen Balkanhalbinsel eine 800.000 Mann starke Partisanenarmee, gebildet aus allen Nationalitäten, zu gründen. Die Partisanen genossen enorme Unterstützung in der Bevölkerung und waren nach dem (selbständig erfochtenen) Sieg über den Faschismus die einzig relevante Kraft in Jugoslawien. Mit dieser Massenbasis in der Bevölkerung konnte Tito eine relativ eigenständige Politik betreiben, die in immer stärkerem Widerspruch zu den außenpolitischen Interessen Moskaus stand. Gegen Stalins Einspruch wurden die Kapitalisten enteignet (nachdem Tito vorher mit ihnen noch koalitiert hatte), ebenso wurden Großgrundbesitz und Industrie verstaatlicht. Tito hatte hierbei keineswegs von Anfang an den Plan, den Kapitalismus in Jugoslawien zu zerstören (so wurde z.B. der antifaschistische Kampf als "nationaler" Befreiungskrieg und nicht als sozialistische Revolution geführt, obwohl die Bürgerlichen praktisch ausnahmslos mit den Faschisten zusammenarbeiteten). Vielmehr schritt die Bevölkerung nach der Befreiung selbst zu den Enteignungen - Tito war mehr ein Getriebener als ein Führer in dieser Bewegung. Doch was er erreichte, unterschied sich in den grundlegenden Strukturen nicht von der Sowjetunion. Daran änderte sich auch nach seinem Bruch mit Moskau 1948 nichts: Verstaatlichte Wirtschaft, aber ein abgehobener, privilegierter Staatsapparat. Die



Wirtschaft

Position zu halten, zu immer neuen Manövern. Er führte die "Arbeiter-selbstverwaltung" ein, die aber in der Realität nur ein Ausspielen der Betriebe untereinander bedeutete und den Arbeitern nicht mehr Verwaltungsrechte gab als ein mittel-mäßiger Betriebsrat bei uns hat. Er proklamierte Demokratie, während immer wieder Oppositionelle verhaftet wurden. Außenpolitisch unterwarf er sich völlig dem Westen (Blockfreiheit statt Sozialismus) und bekam dafür stets neue Kredite.



Sloweniens Führung strebt nach

Durch die Befreiung vom Kapitalismus gelang es trotz Bürokratie, bis Ende der 70er Jahre wirtschaftliche Erfolge zu erzielen, obwohl es durch "marktwirtschaftliche Elemente" bereits sehr früh zu Arbeitslosigkeit und Inflation kam. Doch seit Anfang der 80er Jahre sind Stagnation und Chaos zu verzeichnen. Hohe Verschuldung, 17% Arbeitslose, Inflation (Höhepunkt 1989 2400%), stagnierende bzw. nicht ausbezahlte Löhne, Fall der Produktion (1990: - 18,2%, Prognose 1991: - 26%). Diese Entwicklung, hervorgerufen durch die Unfähigkeit der Bürokratie, die Wirtschaft weiter zu entwickeln, schuf die Voraussetzung für das erneute Aufbrechen der Nationalen Frage.

Nationale Frage

In Jugoslawien existiert ein extremes Nord-Süd-Gefälle. In Slowenien und Kroatien sind die Durchschnittsverdienste 4 mal so hoch wie im Kosovo. Gleichzeitig gibt es seit jeher eine serbische Vormachtstellung im Staatsapparat (z.B. 70% der Offiziere sind Serben). Als Antwort auf die Loslösungstendenzen, die für die (serbi-

Schwächung bedeuten würden, setzt der Apparat auf verschärfte Repression. 1988 kam der Scharfmacher Milosevic mit serbisch-nationalistischen Parolen an die Macht. Unter dem Vorwand, daß die serbische Minderheit im Kosovo von den Albanern unterdrückt würde, marschierte er in dieser Region ein und errichtete ein brutales Regime. Doch auch die Opposition in Serbien steht um nichts nach. Der serbische Nationalistenführer und Ex-Stalinist Draskovic will am liebsten den König wieder ins Land holen.

Kroatien und Slowenien

1990 kamen in Kroatien und Slowenien Regimes an die Macht, die sich offen für die Restauration des Kapitalismus und die Loslösung von Jugoslawien aussprachen. Sie organisierten eigene nationale Milizen und erklärten sich für unabhängig. Natürlich muß für Slowenien und Kroatien wie für alle Völker das Recht auf nationale Selbstbestimmung gelten. Doch was würde ein "unabhängiges" Slowenien oder Kroatien auf kapitalistischer Grundlage bedeuten? Es wären Billigproduktionszonen für den Westen, politisch und wirtschaftlich völlig abhängig vom Imperialismus. Zudem verwehren die kroatischen Regierungsnationalisten der serbischen Minderheit in Kroatien dasselbe Recht auf Selbstbestimmung.

Jüngste Entwicklungen und Perspektiven

Die Zentralbürokratie zeigt immer deutlicher, daß sie nicht gewillt ist, dem Zerfall ihrer Macht tatenlos zuzusehen. Seit Wochen rollen die Panzer der Bundesarmee auf Seiten der Tschetnik-Schlägerbanden (bürgerlich-großserbisch ausgerichtete Wehrorganisation der serbischen Minderheit in Kroatien). Sie ist eine Allianz mit allen möglichen obskuren Nationalisten eingegangen und träumt vom Machterhalt in einem Großserbien. Doch nicht viel besser die Reaktion auf offizieller kroatischer Seite, die ebenfalls auf nationalistische Hetze setzt. Der Zerfall Juosla-

wiens bedeutet einen katastrophalen Rückschritt. Doch er kann nicht mit Blut und Eisen aufgehalten werden. Im Gegenteil! Nationalistische Hetze wird von allen Seiten deshalb verbreitet, weil niemand der jetzt Herrschenden einen tatsächlichen Ausweg aus der Krise zeigen kann. Denn der besteht weder im Zerfall und der Restauration des Kapitalis-

mus (siehe Folgen in Osteuropa), noch durch Festhalten an den alten Methoden. Nur ein Jugoslawien der souveränen, auf freiwilliger Basis zusammengeschlossenen Republiken, in dem weder Unternehmer noch Bürokraten, sondern die Arbeiterklasse das Sagen hat, hätte eine Zukunft.

John Evers SJ 5

## ZEIGT FALK DIE ROTE KARTE

Kurt Falk ist immer für Überraschungen gut. Nach der Trennung von seinem langjährigen Freund Hans Dichand ("Neue Kronen Zeitung) und der darauffolgenden Gründung seiner "Ganzen Woche" kündigte Falk vor kurzem die Gründung einer Billigtageszeitung namens "Täglich Alles" an.

Kein Wunder, daß er sich das leisten kann. Denn Falk kassierte 1989 einen Druckereiförderungsbeitrag von zweihundert Millionen Schilling (das sind 20% der Investitionskosten) und hat wohl auch sonst ganz nette Einnahmen. Wieviel Subvention wird es für die neue Zeitung geben? Aber Falk machte in der letzten Zeit noch mit ganz anderen Sachen von sich reden - so z.B. mit der Kündigung der Hälfte der Druckereibelegschaft. Falk will ab sofort in Nürnberg drucken, obwohl ihm hier die modernste Druckerei der Welt zur Verfügung steht und die Maschinen betriebsbereit sind. Der wahre Grund für die Kündigungen ist wohl vielmehr, daß die Druckereiarbeiter von ihrem

Recht auf eine Betriebsratswahl Gebrauch machten.

Als Falk von der geplanten Wahl erfuhr, setzte er kurzerhand fast alle Kandidaten für den Betriebsrat vor die Tür, erteilte ihnen Hausverbot und verweigerte eine Wahl innerhalb des Betriebsgeländes!

Doch die Arbeiter gaben nicht auf und kündigten eine Wahl vor dem Betrieb an. Daraufhin begann Falk zu toben und drohte, daß wer zur Wahl ginge, sich gegen ihn stelle! Trotz dieses enormen Drucks gingen 68% der Arbeiter zur Wahl und mehr als 94% unterstützten den Wahlvorschlag, obwohl sie Schwierigkeiten befürchten mußten. Dieser Vorfall zeigt uns wieder einmal, wie wenig die Unternehmer von Arbeiterrechten halten, wenn es ihnen gegen den Strich geht!

Aber leider wird hier auch ein Beweis dafür gebracht, wie wenig die Gewerkschaft zum Kampf bereit ist. Denn sie hat dem Betriebsrat "empfohlen", still zu halten und nicht zu "provizieren". Bei einer Diskussionsveranstaltung der SJ 5 hatte die Gewerkschaft Druck und Papier einen Referenten versprochen. Dieser kam aber zu der ausgesprochen gut besuchten Veranstaltung nicht - aus Gründen der "Zurückhaltung".

Dabei muß man gerade in so einer Situation an die Öffentlichkeit gehen und in Form von Flugblättern, Diskussionsveranstaltungen, Demonstrationen usw. zur Solidarität mit den Arbeitern aufrufen. Darum zeigt Falk die Rote Karte!



Unternehmer Falk duldet keine Gewerkschaft in seinem Betrieb

## Sowjetunion: Arbeiterdemokratie statt Stalinismus

"Die Sowjetunion löst sich auf, die Marktwirtschaft hat gesiegt, KPdSU verboten, Sozialismus am Ende..." tönt von Überall die bürgerliche Propaganda. Keine Frage, die Niederschlagung des Putsches stellt eine historische Wende für die Sowjetunion und die gesamte Arbeiterbewegung dar. Doch bedeutet sie wirklich den Sieg der Marktwirtschaft und das Ende des Sozialismus?

Vorausgegangen waren dem Putschversuch fünf Jahre Perestroika, die aber für die Mehrheit der sowjetischen Arbeiterschaft eher eine "Katastroika" wurde.

40% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, praktisch alle Güter des täglichen Bedarfs, außer Brot, sind ständig knapp. Die alten Planungsmechanismen wurden vielfach einfach ohne Ersatz abgeschafft, in Folge machten die Betriebsleitungen, was sie wollten. Schwarzmarkt und die neue "Mafia" blühen. Die Staatsverschuldung hat sich seit Beginn der Perestroika mehr als verdoppelt. Die Produktion ging allein 1990 um mindestens 5% zurück. Glasnost und Perestroika wurden Mitte der 80er Jahre "erfunden", um durch Reformen von oben eine eben solche Entwicklung, und die damit verbundenen Gefahren für die Bürokratie (durch Bewegungen von unten), zu verhindern.

Doch dieses Vorhaben war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Der Fehler lag und liegt nicht bei einzelnen Leuten an der Spitze, sondern es ist das gesamte System der bürokratischen Planung und Verwaltung, das jegliche Weiterentwicklung verhindert. Grundsätzlich hat die Planwirtschaft trotz aller Bürokratie gezeigt, daß sie als einzige Wirtschaftsform in diesem Jahrhundert in der Lage ist, "Ent-

wicklungsländer" (wie die Sowjetunion vor 1917) in Industriegesellschaften zu verwandeln. Doch mit fortschreitendem technologischen Fortschritt wird es immer unmöglicher, eine Planwirtschaft zentral von oben zu lenken. Ohne Arbeiterdemokratie, die in allen Bereichen die Wirtschaft und Gesellschaft lenkt, plant und kontrolliert, kommt es zu Stillstand und Wirtschaftskrise. Gorbatschow konnte und wollte nicht die Ursache für die katastrophale Situation der UdSSR, nämlich die Herrschaft einer abgehobenen Bürokratie (zu der er selbst gehört), abschaffen. Er setzte auf einen Zick-Zack-Kurs zwischen den verschiedenen Flügeln und Fronten, wie schon seine Vorgänger seit Stalin. Gorbatschow selbst hatte wieder zu Mitteln der brutalen Unterdrückung, z.B. im Baltikum, gegriffen. Er selbst hatte "Konservative" in Schlüsselpositionen wie Innenministerium, KGB und Armee gehievt. Das, was er als Demokratisierung verkaufte, war eine Pseudo-Volksvertretung mit ihm als unumschränkt herrschendem Präsidenten an der Spitze. Nichts desto trotz hat er sich durch seine Politik der letzten Jahre und insbesondere der letzten Wochen (geplanter neuer Unionsvertrag, Zulassung der Wahl Jelzins) den tiefen Haß des Großteils des Appa-

Boris Jelzin nutzt die  
Gunst der  
Stunde



rates zugezogen. Diese "Hardliner" fühlen sich national wie international gedemütigt und hatten kein Vertrauen mehr, daß Gorbatschow durch seine Manöver in der Lage ist, ihre Privilegien zu retten. Gleichzeitig rechneten sie bei ihrem Putsch mit der Unpopularität Gorbatschows, der sich vor allem durch Aktionen wie die Ungültigerklärung von 50 und 100 Rubel-Noten (das brachte Millionen um ihre Ersparnisse), auch in der Bevölkerung jegliche Sympathie zunichte machte. Zuletzt waren gerade 20% für seinen Verbleib im Amt.

### Putschversuch und Niederlage

Das "Komitee zur nationalen Rettung" hoffte auf ein "Zurück zu alten Zeiten", wußte aber nicht wie. Ihre Schwäche wurde schon in der "Regierungs"erklärung deutlich, als sie versuchten, es den seltensten Gruppen recht zu machen. Vom Kampf gegen "Sex und Gewalt", von Großrußland, von Marktwirtschaft... war die Rede. Ein Anhänger des Komitees scheute sogar den Vergleich mit Pinochet nicht. Womit die Putschisten aber nicht gerechnet hatten, war das durch die Reformpolitik enorm angestiegene Selbstbewußtsein der sowjetischen Arbeiterklasse. Vom Donez-Becken bis zum Kuzbas wurde gestreikt, in Leningrad formten sich bewaffnete Einheiten in den Fabriken. In den Metropolen demonstrierten Hundert-

tausende gegen die Panzer. Die Armee, das einzige Machtmittel der Putschisten, zerfiel, sogar Elite-truppen liefen zum Widerstand über. Es war eine eindrucksvolle Demonstration für die Möglichkeiten, die die Arbeiterklasse besitzt (und diese Bewegung stand erst am Beginn!), wenn sie in Aktion tritt.

Und der Westen? Zu Beginn herrschte überall Schweigen. Erst als klar wurde, daß der Putsch nicht lange anhalten würde, stellte sich Bush auf Seiten Gorbatschows und Jelzins. Aber keine Frage, hätte das Komitee länger überlebt, die Imperialisten wären zu einem Arrangement mit den Putschisten gekommen. Oder wie es die Financial Times in den kritischen Tagen so treffend auf den Punkt brachte: "Man kann auch mit Hardline-Regimes Geschäfte machen. Bestes Beispiel dafür ist China."

### Restauration des Kapitalismus?

Die Niederschlagung des Putsches bedeutet einen enormen Aufschwung für die "Kapitalisten auf schnellsten Wege". Jelzin und seine Leute haben es geschickt verstanden, sich nicht nur als einzige Antistalinisten zu verkaufen, sondern auch ihr (kapitalistisches) Programm als einzige Alternative anzubieten. Doch was würde die Durchführung diese Programms für die Sowjetunion bedeuten:

Einige Prunkstücke (wie die Lada-Werke) würde vielleicht der Westen kaufen, die Rohstoffe des Landes würden von den Imperialisten zu Schleuderpreisen ausgebeutet werden, der Rest der Wirtschaft könnte wegen mangelnder Konkurrenzfähigkeit zusperrten. Die Lebenshaltungskosten würden extrem ansteigen, bei gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit und Niedrigstlöhnen. Das bürgerliche "Profil" schreibt über Jelzins Pläne: "Ob das funktionieren wird, weiß kein Mensch, selbst Jelzin nicht. Sicher ist, daß es jedenfalls zu einer hohen Arbeitslosigkeit kommen wird."

Solch eine Entwicklung würde natürlich auch Widerstand in der Bevölkerung hervorrufen. Zumal Jelzin eine goldene (kapitalisti-

sche) Zukunft verspricht. Wenn es zu Massenbewegungen gegen die Auswirkungen dieser Maßnahmen kommt, wird sich auch sehr schnell zeigen, daß es auch mit dem Demokraten Jelzin nicht weit her ist. Schon jetzt weitet er skrupellos Schritt für Schritt seine Macht aus und nutzt z.B. das KPdSU-Verbot demagogisch, um den Arbeitern jede politische Betätigung in den Betrieben zu verbieten. Wenn er seine Position wirklich in Gefahr sieht, wird er nicht zögern, wie Walesa in Polen, brutal gegen die Arbeiterklasse vorzugehen. Die Phrasen und Programme des "Neuen Zaren" Jelzin bieten für die Arbeiter nichts als neuerlicher Hunger, Elend und Unterdrückung.



Massendemonstrationen gegen den  
Putsch vom August 1991

### Nationale Frage

Das Aufbrechen der nationalen Frage ist immer auf ungelöste soziale Probleme zurückzuführen. Nationalismus wird dann von den jeweils Herrschenden verwendet, um von den tatsächlichen Ursachen sozialer und politischer Krisen (im Falle der SU die Herrschaft der Bürokratie) abzulenken. Die Bolschewiki vertraten, wie auch Marxisten heute noch, das bedingungslose Recht auf nationale Selbstbestimmung. Auf diese Weise wurde das Baltikum zum ersten Mal in seiner Geschichte unabhängig (daß diese Unabhängigkeit faschistische und halbfaschistische Regimes an die Macht brachte, wird von den baltischen Nationalisten gerne "vergessen"). Doch unter Stalin wurde das Recht auf Selbstbestimmung, wie alle anderen demokratischen Rechte,

zerstört. Auch wenn heute das Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung für uns nach wie vor Gültigkeit besitzt, liegen die katastrophalen Folgen eines Zerfalls der SU auf der Hand. In der sowjetischen Wirtschaft herrscht eine ausgeprägte Arbeitsteilung (Weißrußland produziert Traktoren, Aserbeidschan Ölförderanlagen...). Die kleinen, schwachen, einseitig ausgerichteten Wirtschaften wären alleine niemals lebensfähig. Die nationale Unabhängigkeit geriete zur Farce, weil ein Teil der Republiken (Baltikum) zum Spielball des Westens werden würden. Andere würden am Rockzipfel der russischen Zentrale hängenbleiben (siehe Gebietsansprüche Jelzins). Ein Beispiel, welche Perspektive Rußland auf solchem Weg zu erwarten hat, bietet Georgien, wo die 1990 gewählte nationalistische Regierung der ossetischen Minderheit sämtliche Autonomierechte entzog, sämtliche Parteien verbot und den Ausnahmezustand verhängte. Oder das Baltikum, in dem Russen (auch wenn sie seit Jahrzehnten in dieser Region leben) zu Ausländern erklärt werden. Wie der neue Unionsvertrag aussehen wird und wieviele Republiken diesen unterzeichnen werden, ist zur Zeit noch nicht klar. Die drei ärmsten östlichen Republiken bleiben bei Rußland, auf Grund ihrer wirtschaftlichen Unterentwicklung. Eine Republik, nämlich die Ukraine, ist ein wenig vom Spaltungskurs wieder abgekommen. Die Ukraine, die sich Ende August zum unabhängigen Staat erklärt hat, unterschrieb in der gleichen Woche einen Wirtschaftsvertrag mit Rußland. Die Zentrale, also der Oberste Sowjet und Gorbatschow, werden bis auf weiteres bestehen bleiben. Auch im Interesse von der Republik Rußland, da auch Russland wirtschaftlich von den anderen Republiken abhängig ist (besonders bei Rohstoffen). Die Zentrale und Rußland wollen außerdem das nukleare Waffenarsenal verwalten und bei Streitigkeiten zwischen oder innerhalb von Republiken eingreifen, weil Rußland für die eigene Wirtschaft Stabilität braucht. Vielen Nationalitäten wird auch weiterhin

jede Art von Selbstbestimmung verwehrt bleiben. Jelzin gefällt sich auch in der Rolle eines russischen Nationalisten.

## Sozialistische Alternative

Keine Frage, im Moment bestehen enorme Illusionen in Jelzin und Marktwirtschaft seitens der Arbeiterklasse. Doch wird zweifellos Jelzins Populärheit noch weit schneller schwinden als die Gorbatschows. Bereits vor dem Putsch erreichte er bei den Wahlen in Russland nur mehr 53%, im Gegensatz zu 90% bei den Wahlen zum Volksdeputiertenkongress. Doch würden die Erfahrungen mit dem Kapitalismus "am eigenen Leib" nicht automatisch zu einem sozialistischen Ausweg führen. Die Verwirrung ist nach sechs Jahrzehnten stalinistischer Diktatur zu groß. Entscheidend wird auch die Rolle des Westens sein, der ganz offensichtlich auf Grund eigener Probleme nicht in der Lage ist, im großen Maßstab in die SU zu investieren. Doch wie würde sich die Situation erst verändern, wenn auf Grund der kapitalistischen Krisen auch in den westlichen Metropolen Elend und Massenarbeitslosigkeit zunehmen?

Diesen Entwicklungen gegenüber steht aber das gewachsene Selbstbewusstsein der sowjetischen Arbeiterklasse. Sie ist die stärkste und gebildetste der ganzen Welt, in ihr steckt ein gewaltiges Potential. Nur mit einer starken marxistischen Kraft und einem sozialistischen Programm könnte es genutzt werden. Die Verwirklichung eines solchen Programms würde bedeuten: Volle Rede-, Presse- und gewerkschaftliche Freiheit, Zulassung von politischen Parteien, Auflösung des Geheimdienstes und des stehenden Heeres, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Entmachtung der Bürokratie, Arbeiterkontrolle und -verwaltung in Wirtschaft und Politik.

Eine solche auf freiwilliger Basis beruhende Sowjetunion wäre nicht nur die einzige Zukunftsperspektive für dieses Land, sondern für die Arbeiterklasse der ganzen Welt!

John Evers SJ 5

## Was kostet die EG



Schlachten wir die "heilige Kuh" EG!

Seit 31. Juli wissen wir es genau: Österreich ist für die EG ein Gewinn. Die Kommission bestätigt, daß Österreich in der EG gut mitzahlen könnte. Wie sieht das im Detail aus?

Wir werden in der EG Nettozahler sein. Die Steuerzahler hätten jährlich 12 Milliarden Schilling in den EG-Topf zu buttern! Weiteres wäre notwendig: eine Anpassung des Steuersystems auf EG-Niveau, also im wesentlichen eine Senkung derjenigen Steuern, die die Unternehmer zu zahlen haben. Mit der Zeit ergäben diese Änderungen sogar eine Budgetbelastung von 40 Milliarden jährlich laut Wirtschaftsfor-schungsinstitut.

### Wer soll den Beitritt bezahlen?

Die österreichische Regierung weiß, daß der EG - Beitritt eine andere Budgetpolitik als bisher verlangt: weniger Staat - mehr privat. Also nach den bereits teilweise erfolgten Privatisierungen die endgültige Zerschlagung der Verstaatlichten Industrie. Das Einsparungskonzept fordert eine jährliche Reduzierung um 4000 Beamte. Die EG fordert weiters ein Zurücknehmen von staatlichen Subventionen (z.B. die österreichische Regionalförderung -im letzten Jahr 500 Millionen Schilling ohne

Großprojekte). Somit entsprächen Förderungsgebiete wie Graz, Klagenfurt, Eisenstadt u.a. nicht den EG-Richtlinien. Und vor allem paßt in diese angestrebte Politik keine Rücksichtnahme auf soziale Erfordernisse. "Das Geld muß stimmen", sozial gerechte Umverteilung hat keinen Platz!

### EG-Standards

Entscheidend für die Kapitalisten sind natürlich die Möglichkeiten, die sich im Sozial- und Umweltbereich ergeben. Im Binnenmarkt gilt das Gesetz des "gemeinsamen Standards". D.h. die stärksten Wirtschaftslobbies werden möglichst niedrige Standards durchzusetzen versuchen. Für Sozialgesetze und -leistungen, die in Österreich wesentlich höher sind als z.B. in Großbritannien, wäre dann kein Platz mehr. Weiters würde der schwache österreichische Kapitalismus dem Konkurrenzdruck schwer standhalten können (was kein Argument für ihn, sondern für seine Abschaffung sein soll). Als erstes werden Teile der Elektro-, Chemie- und Nahrungsmittelherzeugung sowie der Textil- und Bekleidungsbranche zerstört werden. Trotzdem wird uns auch ein Verharren in der österreichischen Kleinstaaterei nicht dauerhaft helfen. Z.B. stieg in Österreich schon die Arbeitslosenrate von 5,4% (1990) auf 6,0% (1991) und 6,2% (Prognose für 1992). In der EG gibt es heute schon 9% und in der Prognose für 1992 sogar 9,3%.

### Und statt der EG ?

Es ist richtig, daß heute keine unabhängigen Wirtschaften mehr existieren. Doch die EG verwirklicht nur die - für die private Großindustrie notwendige - Politik: Weg mit sozialen Beschränkungen für die Betriebe, hin zum hemmungslosen Verschieben von Menschen und Kapi-

tal. Auch sollen selbst die formalen Rechte eingeschränkt werden: Der EG-Ministerrat (aus den nationalen Regierungen) hat das Sagen. Für die einzelnen Regierungen sind die EG-Gesetze zwingend. Der deutsche EG-Kommissar Schmidhuber z.B. tritt für folgendes Stimmrecht in der EG ein: größere Länder - Einzelstimme, kleinere Länder müssen als Kurien (=gemeinsam) stimmen. Und in den Ländern kann die Bevölkerung auch keinen der EG-Vertreter ernennen.

Wir dagegen kämpfen für ein

## Druck tut not

1.644.408 Mitglieder (1990) sprechen noch immer für die Stärke des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Aber wie geht die ÖGB-Führung mit diesem Kapital um?

"Eine "verantwortungsvolle Herbstlohnrunde verspricht der Chef der Metallergewerkschaft, Rudolf Nürnberger. Man werde die sich abzeichnende Konjunkturlaute bei der Lohnrunde sicher berücksichtigen." (Neue AZ, 29.8.91). Die Lohnverhandlungen der Metall-Gewerkschaft beginnen am 13.9.91, wenn die Lohnforderung an die Unternehmer übergeben werden. Die ersten Verhandlungen finden im Oktober statt.

Wie "verantwortungsbewußt" von den ÖGB-Spitzenfunktionären, daß sie so großzügig mit unserem Geld umgehen. Eine Woche vorher hatte die Industriellenvereinigung in das gleiche Horn geblasen. Gleichzeitig mit den steigenden Lebenshaltungskosten und Tarifen sollen wir mit einer geringen Lohnerhöhung abgespeist werden.

Im Herbst findet auch der ÖGB-Kongreß statt. Alles, was man darüber hört, sind Gerüchte um die angeblich fragliche Wiederwahl des ÖGB-Präsidenten. Jedenfalls wird er der einzige Kandidat sein, die Führungen der Einzelgewerkschaften setzen auf Ruhe und Ordnung in den Gewerkschaftsreihen. Aber es stimmt so einiges nicht in ÖGB. Es gibt finanzielle Schwierigkeiten mit den ÖGB-eigenen Unternehmungen. Der Präsident ist ins Gerede gekommen,

gemeinsames sozialistisches Europa der Arbeitenden. Nur wenn die Arbeiterparteien und Gewerkschaften - auch gegen ihre heutigen Führungen - international vereinigt für die sozialen und politischen Rechte der Arbeiter eintreten, werden wir dem internationalen Kapital erfolgreich entgegenzutreten können. Wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem nichts was in den Themen Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Umweltzerstörung und Ellenbogengesellschaft zu bieten hat, ist es am Ende!

Nur durch eine gemeinschaftliche Planung werden wir den Bedürfnissen aller entsprechen. Gemeinsam für die Interessen der Arbeitenden -gegen den Ausverkauf unserer sozialen und demokratischen Rechte.

Thomas Mann SJ 5

## Das Heer

Etwas besseres als die Jugoslawienkrise hätte den Befürwortern des österreichischen Bundesheeres wahrlich nicht passieren können.

Knapp 8000 Soldaten "schützten" die österreichische Grenze gegen die sich bekriegenden Serben und Slowenen. Die Grenzen wurden abgeriegelt, Panzer aufgestellt, und die 24 Milliarden schweren Draken durften ihre ersten Einsatzflüge gegen eine Luftraumverletzung durch eine jugoslawische MIG fliegen.

Sinn und Zweck dieses im ORF detailgetreu dokumentierten Schauspiels war aber kaum der Schutz vor den Jugoslawen. Die hatten selbst Probleme und Sorgen genug, als um einen Konflikt mit Österreich zu riskieren.

Vielmehr sollte der Bevölkerung die Notwendigkeit des österreichischen Heeres vorgespielt werden. Und als logische Folgerung wird nun auch schon die weitere Aufrüstung angepeilt. Flugzeugabwehrkanonen um 4,8 Milliarden Schilling sind die nächsten Anschaffungen. Dafür ist Geld da, während z.B. die Arbeitslosigkeit weiter steigt (0,8% lt. Schätzung). Viele Projekte der Aktion 8000 werden trotzdem eingestellt.

Hier wird eindeutig an der falschen Stelle der Rotstift ange-setzt. Anstatt beim Bundesheer einzusparen (bei Waffen, nicht bei den Gehältern der Grundwehrdienen) nehmen die Bürgerlichen den (in Wirklichkeit lächerlichen) Einsatz an der Grenze zum Anlaß, das Bundesheer zu lasten des Sozialbereichs kräftig aufzuwerten.

Die SPÖ-Parteiführung wird wieder nachgeben. Es ist daher notwendig, Druck von der Basis gegen Aufrüstung und Sozialabbau auszuüben.

David Mum SJ 23

weil er eine luxuriöse Penthouse-Wohnung zu einer Billig-Miete im BAWAG-Haus (in ÖGB-Besitz) bewohnt. Die verkrusteten Strukturen des ÖGB verhindern innergewerkschaftliche Demokratie. Die unzufriedenen Gewerkschaftsmitglieder werden mehr, ab und zu dringt der Ärger der Basis an die Öffentlichkeit. Gibt es denn keine politische Offensive des ÖGB? Nein, selbst die Forderung nach der 35-Stunden-Woche verblaßt zum Routine-Lippenbekennt-

Alter und neuer Präsident des ÖGB Verzetritsch



nis. Nichts zum Ausverkauf der Verstaatlichten, nichts zu den immer häufigeren Kündigungen, nichts zur bevorstehenden Belastungswelle. Es reicht nur zur Ausarbeitung von Sozialplänen. Wir brauchen aber jetzt eine Gewerkschaftsoffensive, die unsere Rechte in den Vordergrund stellt. Welche Ausstrahlung würde von einer kämpferischen Gewerkschaftsführung ausgehen. Deshalb: Druck tut not! Für mehr Lohn, Arbeitszeitverkürzung und soziale Rechte und Arbeitsplätze für alle Arbeitnehmer/innen!

T.K.

## Aus dem Betrieb

Am 1. August 1988 begann ich eine Lehre als Bürokauffrau.

Die Firma, in der ich arbeite, ist ein Kleinbetrieb mit mit 5 bis 16 Mitarbeitern. Es variiert wegen der ständigen Kündigungen und Neueinstellungen. Zum Verständnis: Zur Zeit wollen 7 von 8 Mitarbeitern kündigen. Damit man sich ein besseres Bild von unserem Chef machen kann, schildere ich ein paar Situationen, wie sie sich täglich bei uns abspielen.

Es beginnt schon in der Früh mit den Stechkarten. Jeder kennt das. Man nimmt die Stechkarte mit seinem Namen und stempelt sie in der Stechuhr. Diese müßte eigentlich plombiert sein, damit man die Zeit nicht einfach verstellen kann. Doch sie ist es nicht. So kann es vorkommen, daß der Chef daran herumdreht. Er stellt sie in der Früh vor und behauptet dann, daß man zu spät gekommen wäre. Will man einmal pünktlich nach Hause gehen, wozu man ohnehin nur selten kommt, dann dreht er die Uhr zurück, und behauptet, daß es noch nicht fünf Uhr wäre, obwohl die eigene Uhr schon einige Minuten nach fünf zeigt.

Bei von ihm diktierten Briefen läuft es so ab: Er diktiert etwas, man tippt es ab und legt es ihm zur Unterschrift vor. Er bestreitet dann regelmäßig, es so diktiert zu haben, wie man es geschrieben hat.

Wenn es Mittag wird und man in die wohlverdiente Pause gehen möchte, versteht er es fabelhaft, das laufende Diktat so in die Länge zu ziehen, daß man danach nicht mehr Mittagessen gehen kann. Denn Pausenzeit ist in unserer Firma von 12.00 bis 13.00 Uhr. Um fünf vor fünf fällt ihm dann noch ein ganz dringendes Diktat ein, das natürlich noch am selben Tag abgetippt werden muß. Dazu ist zu sagen, daß man von etwa 14.30 bis 16.00 Uhr andere Arbeiten erledigt hat, wie zum Beispiel Schreibtische und Fenster putzen.

Es gibt fast immer Probleme mit dem Urlaub. Entweder er streitet

ab, daß man überhaupt noch Urlaubsanspruch hat oder es fällt ihm einen Tag vor Urlaubsantritt ein, daß er den Urlaub aus irgendeinem fadenscheinigen Grund doch nicht genehmigen kann.

Vor einiger Zeit war unsere Toilette kaputt und er ließ sie nicht reparieren. So blieb mir nichts anderes über, als selbst Hand anzulegen und den Schaden zu beheben. Es wäre noch zu sagen, daß man seine eigenen Bleistifte und Kugelschreiber mitbringen muß.

Ich könnte diese Liste von Verstößen gegen alle möglichen Arbeitnehmerrechte beinahe endlos fortsetzen. Man wird sicher verstehen, daß ich bald kündigen werde.

Ein GPA-Mitglied



Welcher Lehrling kennt nicht den treuerherzigen Augenaufschlag seines Gesellen oder Ausbildners kurz vor der heiß ersehnten Mittagspause: "Geh, Franz! Du kommst sicher beim Würstelstand vorbei. Nimmst mir a Bier und a Bratwürstel und, und... mit?" Oder: "Andrea! Gut, daß du grad vorbeikommst. Ich wollt fragen, ob du zum Löwa gehen könntest." Der kleine Franz und die kleine Andrea nicken freundlich und hetzen für die halbe Firma ums Essen, weil sie froh sind, überhaupt einen Job zu haben.

Zum Teil sind die Kollegen zu faul, sich selbst um ihr Mittagessen zu kümmern. Größtenteils aber wollen die Arbeiter nicht ihre Zeit mit so was Nebensächlichem wie Essen kaufen vertun, sondern schauen darauf, die Zeit zu nützen, um Überstunden zu sammeln. Vielleicht,

um sich statt zwei Wochen Lignano, eine Woche Mallorca leisten zu können.

Aber nicht nur in der Mittagspause wird der am meisten gestreßte und am meisten ausgebeutete Lehrling wie ein Putzsetzen behandelt.

In meinem Betrieb ist es z.B. so, daß du in der Früh ein 7 cm hohes Manuskript auf den Tisch geknallt bekommst, mit den Worten: "Das ist dringend! Schau, daß das nächste Woche fertig gesetzt ist."

Während man sich dann total abhetzt, kommt dauernd der noch hektischere Herr Abteilungsleiter und fragt, ob du ja alles richtig machst und wie weit du schon bist. Da denkst du dir dann schon mit der Zeit, wenn er dich mal in Ruhe arbeiten ließe, ginge es schneller. Aber man behandelt dich, als wärest du von vorgestern und sowieso für alles zu blöd. Man vertraut dir einfach nicht, denn Lehrlinge sind Trottel und die Berufsschule ist eine Deppenschule und grad richtig für sie.

Abgesehen davon, daß es da so ein nettes Gesetz gibt, daß Lehrlinge keine Terminarbeit machen dürfen. Würst du aber nicht zum gesetzten Termin fertig, mußt du halt Überstunden machen. Lehrlinge dürfen übrigens auch keine Überstunden machen.

Nun wird man sich denken, dafür gibt es sicher ein nettes Honorar. 3.000 Schilling bekomme ich im Monat. Dabei bin ich noch verhältnismäßig gut bezahlt.

Aber die niedrige Lehrlingsentschädigung ist ja auch die Hauptsache, warum Lehrlinge wie der letzte Dreck behandelt werden. Das schlägt sich natürlich auch auf das Selbstbewußtsein. Und die Lehrlinge glauben sicher, daß das der Normalzustand ist. Dem ist aber nicht so.

Warum sollten Lehrlinge nicht für die gleiche Arbeit genausoviel wie ihre ausgebildeten Kollegen bekommen? Ich glaube ohnehin, daß diese soviel arbeiten, daß nicht genügend Zeit für die Ausbildung bleibt. Am

besten wäre es, wenn die Lehrlinge nicht nur in der Schule, sondern auch in der Praxis, in Werkstätten unterrichtet werden und erst dann in den Betrieb gehen.

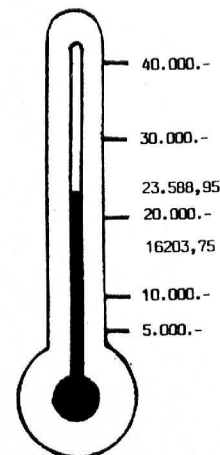
weiblicher Druckerlehrling  
im 1. Lehrjahr

## KAMPPFOND

Liebe Genossin! Lieber Genosse!

Die letzten zwei Monate waren für unseren Kampffond eine gute Zeit. Durch zahlreiche Einzelspenden wie z.B. Thomas Weber, der 100.- spendete, konnten wir den Kampffond um 7385,20 auf 23.588,95 erhöhen. Hinzu kamen noch Büchertische wie z.B. zum Putsch in der UdSSR. Gerade hier erhielten wir zahlreiche Spenden von Passanten. Diese Spenden zeigen uns, daß wir auf dem richtigen Weg sind und daß unsere Zeitung Unterstützung hat. Bis Jahresende haben wir uns das Ziel von 40.000.- gesteckt das wir mit Eurer Hilfe erreichen wollen.

(Die Redaktion 1. September 91)



**Spendenkonto  
PSK 8812.733**

## Esst doch Kuchen...

...sagte schon 1789 die französische Königin Marie-Antoinette, als das Volk von Paris in Hungerdemonstrationen nach Versailles zog, gegen die hohen Brotpreise protestierte und rief "Wir wollen Brot!"

Brot ist eines der wichtigsten, wenn nicht das wichtigste Nahrungsmittel überhaupt. Wenn bei anderen Produkten, z.B. bei Kaviar, der Preis erhöht wird, werden sie einfach weniger gekauft. Brot aber müssen die Menschen immer kaufen, ganz egal wie teuer es ist - das nennt man "unelastische Nachfrage". Diesen Mechanismus kennen natürlich auch die Produzenten und erhöhten den Brotpreis Anfang August um 5-20%. Man kann nun sagen "Das ist zwar schlimm, aber es wird halt alles teurer." Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Die Bauern hatten, um die Absatzchancen im Hinblick auf dem europäischen Markt zu verbessern, eine Senkung der Getreidepreise um insgesamt 105 Millionen öS hinnehmen müssen. Vertreter der Mühlenwirtschaft und der Brotindustrie begründen die Erhöhung mit den Kollektivvertrags-erhöhungen für Bäcker und Müller um 6,37 bzw. 6,8%. Laut Arbeiterkammer sind die Lohnerhöhungen aber immer noch niedriger als die Ersparnisse.

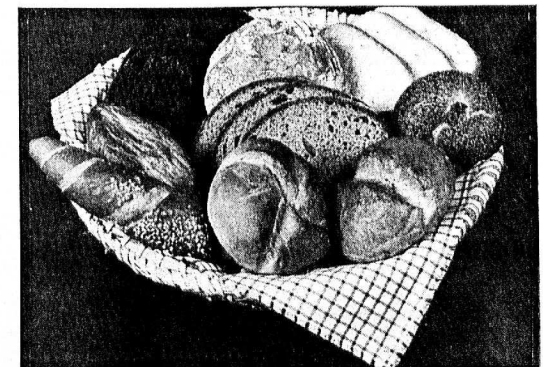
Das heißt, daß der Getreidepreis sinkt und der Brotpreis steigt. Dazwischen verdienen die Mühlen und

die (Groß)bäckereien sehr gut. Bis 1988 war der Brotpreis gesetzlich geregelt, nach der Aufhebung stieg er von 16 auf 19 öS. Von 1987-90 kletterte er um insgesamt 30,6% in die Höhe.

Von Arbeiterkammerseite versucht man nun über die Sozialpartnerschaft zu einer Einigung zu kommen. Dafür wurde von den Unternehmern die Offenlegung der Kalkulationen gefordert, die aber nicht erfolgte. Nun ist die Arbeiterkammer empört und spricht von einem "eklatanten Bruch des sozialpartnerschaftlichen Übereinkommens".

Daraus lassen sich nun mehrere Lehren ziehen: Die Unternehmer lassen sich nicht gerne in die Karten bzw. Kalkulationen sehen, weil dabei vielleicht klar wird, daß nicht die "hohen" Lohnkosten, sondern doch die hohen Gewinnschläge schuld sind an hohen Preisen. Weiters sind die Unternehmer nur dann an sozialpartnerschaftlichen Verhandlungen und Einigungen interessiert, wenn es ihnen nützt. Außerdem ist die Behauptung, daß die Konkurrenz und die freie Preisbildung in der Marktwirtschaft den Konsumenten nützen, weil sie die Preise niedrig halten, auch ein Schmäh. Sollten sich die Unternehmer vielleicht abgesprochen haben, um höhere Gewinne zu machen?!

Sonja Grusch SJ 23



Der Griff ins Körberl wird teuer

## VOM KAMPF GEGEN DIE POLL-TAX

Vor 3 Jahren wurde in Schottland und 1 Jahr später im restlichen Großbritannien die Poll Tax - die Kopfsteuer - eingeführt. Sie nützt den Reichen und benachteiligt jene, die sozioökonomisch nicht viel haben. Massenproteste und Hunderttausende, die die Steuer nicht zahlen, konnten sie zu Fall bringen. VORWÄRTS bringt ein Interview mit Tommy Sheridan, dem Vorsitzenden der schottischen und gesamtbritischen Anti-Poll-Tax-Federation, über den Kampf gegen die Poll-Tax und ihre Zukunft.

**VORWÄRTS:** Was sind die Forderungen der Anti-Poll-Tax-Federation?

**Tommy Sheridan:** Es gibt 2 Hauptforderungen der Federation: Das ist 1. die vollständige Beseitigung der Poll-Tax. Sie soll durch ein gerechteres Steuersystem ersetzt werden, bei dem der gesamte Haushalt für die Größe des Hauses zahlt. Bei der Poll-Tax muß jeder gleichviel zahlen - egal wieviele Leute in einer Wohnung leben und egal wie groß sie ist! Die 2. Forderung ist die Absetzung der Tory-Regierung (die Tories sind die regierende, bürgerliche Partei). Das Geld, das die Regierung den Gemeinden gekürzt hat, muß zurückgezahlt werden. Seit 1979 wurden 46 Milliarden Pfund (=966 Milliarden ÖS) nicht an die Gemeinden weitergegeben. Dieses Geld wurde verwendet, um Steuerreduzierungen für die Reichen zu finanzieren. 1979 hat es 3000 Millionäre gegeben - 1989 waren es bereits 21.000! Dieses Geld muß zurückgegeben werden, um die Leistungen für Alte und Kranke, für Bildung und für Umweltschutzmaßnahmen verwenden zu können. Außerdem fordern wir, daß unter einer sozialistischen Labour-Regierung die wichtigsten Banken, Versicherungen und Monopole verstaatlicht werden.

**V:** Wie sind die Strukturen der Anti-Poll-Tax-Federation und wer arbeitet mit?

**T.S.:** Jedermann ist in der Straße,

in der er lebt, organisiert. Dann gibt's die lokale Anti-Poll-Tax-Union, die städtische Federation, die regionale Federation und die gesamtbritische Anti-Poll-Tax-Federation. Bei uns sind nicht nur Einzelpersonen Mitglied, sondern auch ganze Organisationen wie die nationale Studentengewerkschaft mit etwa 1 Million Mitglieder. Auch sehr wichtig ist, daß etwa 95% von uns aus der Arbeiterklasse kommen, der Großteil der Aktiven sind Jugendliche und vor allem auch sehr viele Frauen.

**V:** Was sagst Du dazu, daß der sozialistische Parlamentsabgeordnete Terry Fields nun im Gefängnis ist, weil er seine Poll-Tax nicht gezahlt hat?

**T.S.:** In ganz Großbritannien sind nur 31 im Gefängnis, aber es zahlen etwa 18 Millionen nicht oder nicht mehr. Ich würde sagen, Terry ist ein Mann mit Prinzipien. Er hat sich geweigert, die Poll-Tax zu zahlen und muß dafür nun für 60 Tage ins Gefängnis. Die Tories sagen jetzt "Er könnte zahlen, aber er will nicht". So einfach ist die Sache aber nicht. Terry verdient als Abgeordneter der Labour Party etwa 28.000 Pfund pro Jahr (=590.000 ÖS). Aber Terry ist Sozialist - er behält davon nur



Massendemo gegen die Kopf-Steuer

etwa 10.000 Pfund (=210.000 ÖS) jährlich, das ist das Gehalt, das er vorher als Feuerwehrmann auch verdient hat. Den Rest gibt er an einen lokalen Fonds, aus dem diverse Streikaktionen unterstützt werden. Er ist ein echter Arbeitervertreter mit einem Arbeitergehalt.

**V:** Wie wird es weitergehen?

**T.S.:** Wir haben bis jetzt 2 wichtige Siege errungen. Wir haben die "Eiserne Lady" eingeschmolzen und sie zum politischen Alteisen geworfen. Und wir haben die Poll-Tax zu Fall gebracht. Aber Major will sie, mit Änderungen, bis 1993 beibehalten. Dazu sagt die Anti-Poll-Tax Federation aber klar NEIN - die Poll-Tax liegt im Sarg und muß nun endlich begraben werden. Deshalb muß die Massenzahlungsverweigerung fortgesetzt werden. In England und Wales zahlten im März '91 15,7 Millionen gar nicht oder nur teilweise - das sind über 30%. In Schottland haben im 1. Jahr 1,2 Millionen und im 2. Jahr über 2 Millionen, bei 3,7 Millionen Zahlungspflichtigen, nicht gezahlt. Das heißt, daß fast 60% nicht zahlen. In manchen Städten sind es sogar 75% oder mehr. Die von der Regierung angeordneten Versteigerungen des persönlichen Eigentums bei Zahlungsverweigerung sind allzuverhindert worden. Wenn wir von einer geplanten Versteigerung erfahren, wird herumtelefoniert, und dann bauen wir "eine menschliche Mauer der Solidarität". Abschließend möchte ich in Bezug auf die Anti-Poll-Tax-Kampagne als ganzes noch etwas sagen: Bei dem Film "Robin Hood" mit Kevin Costner heißt es in der Einleitung etwa "Dieser Film ist über einen Mann, der das Gesetz gebrochen hat, um die Ungerechtigkeit zu bekämpfen." Das kann man über jeden einzelnen Anti-Poll-Tax-Kämpfer sagen.

**P.S.** Zum Thema Kopfsteuer in Großbritannien haben wir bereits ausführlich berichtet. Ein Brief genügt, um die Informationen zu bekommen!

etwa 10.000 Pfund (=210.000 ÖS) jährlich, das ist das Gehalt, das er vorher als Feuerwehrmann auch verdient hat. Den Rest gibt er an einen lokalen Fonds, aus dem diverse Streikaktionen unterstützt werden. Er ist ein echter Arbeitervertreter mit einem Arbeitergehalt.

## Leserbrief

## Solidarität

Betreff: VORWÄRTS Nr.27

"McDonald's beißt kräftig ab."

Euer Artikel ist zwar schockierend, aber auf österreichische Verhältnisse trifft er (im großen und ganzen) nicht zu. Ich habe einen Monat lang bei Mc Donald's gearbeitet und möchte einige Dinge richtigstellen und hinzufügen:

Bei McDonald's werden mehrere Arten von mehr oder weniger scharfen und hochgiftigen Putzmitteln (FL,DR,FR... für Boden, Fritteuse und Grill) verwendet, die wegen Sprachschwierigkeiten der Angestellten oft falsch (zu stark) dosiert bzw. verdünnt werden.

So prahlt McDonald's mit immer sauber(er)en Chromteilen, jedoch ist die Firmenleitung sonst nicht so penibel. Z.B. läßt man manchmal die Produkte, die eine beschränkte Ablaufzeit (10,20 bzw. 60 Minuten) haben, die dreifache Zeit herumgammeln etc. etc.

Zu den Arbeitsbedingungen ist zu sagen: Ein Ausländer kann sehr wohl Manager werden (während meiner Arbeitszeit sogar geschehen), jedoch bleiben solche Wunder nur den schnellsten und perfektesten "Sklavens" vorbehalten.

Die größte Frechheit ist aber wohl die Bezahlung: Das Gehalt eines "normalen" Arbeiters beträgt etwa 7500.-, ein Manager verdient 13000-14.000.-. Einige Manager/innen klammern sich gern an ihre höhere Gehalts- und Machtposition und fühlen sich oft wie ein Herr mit seinem Hund. Inwieweit meine Bezahlung korrekt war, läßt sich schon deshalb schwer feststellen, weil ich keinen Lohnzettel erhalten habe. Wie und ob Sonntags- und Feiertagsarbeit bzw. Überstunden bezahlt werden, läßt sich also schwer nachvollziehen.

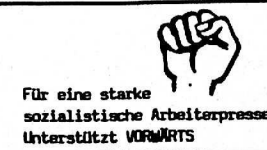
Das pünktliche Verlassen des Betriebes ist schon ein kleines Vergehen; kommt es öfter vor, wird man angeschmault: "Was erlaubst Du Dir überhaupt - in einer Viertel, halben Stunde se ich überhaupt kein Problem...! Wenn viel los ist,

mußt Du halt länger bleiben!"

Abzeichen gab es in meiner Filiale nicht, jedoch wendet dort die Betriebsleitung eine andere Strategie zur Spaltung der Solidarität der Arbeiter an: Es werden pro Land bzw. Sprachgebiet nur höchstens 4-5 Leute aufgenommen, damit sie sich untereinander nur schlecht (Deutsch) verstehen. Weiters werden an Tagen mit wenig Umsatz Leute nach Hause geschickt (Wird man vom Manager weggeschickt, braucht man die verlorene Zeit weder einzuarbeiten noch vom Gehalt abzuziehen.), wobei es immer die zwei gleichen Leute sind, die gehen können. Das Ergebnis ist Neid und verständliche Abneigung der Kollegen gegenüber den Privilegierten.

Ansonsten sind die Angestellten recht kameradschaftlich untereinander - Kollegen werden nicht schikaniert oder verspottet. Jeder hilft jedem, wenn er kann. Alles in allem war meine Tätigkeit bei McDonald's sicher nicht sehr körperlich anstrengend, jedoch wurde ich von frustrierten Managern psychisch terrorisiert und schikaniert, sodaß man alle McDonald's Arbeiter wegen ihrer dicken Haut bewundern muß.

Alex D. (Name der Red. bekannt)



Sicher sind auch Dir ähnliche Zustände aufgefallen, wie sie in unseren Artikeln beschrieben sind, und Du findest es wichtig, daß auch andere davon erfahren. Oder bist Du mit etwas, das wir geschrieben haben, nicht einverstanden und möchtest dazu etwas bemerken? In all diesen Fällen schreib bitte an:

VORWÄRTS  
Postfach 2  
1082 Wien

Am 8. August 1991 fand das Berufungsverfahren des palästinensischen Sozialisten Mahmoud Masarwa statt, über dessen Fall wir in vorigen Ausgaben bereits berichteten.

Vor dem israelischen Gericht mußte er sich ursprünglich gegen Vorwürfe, die jeder Grundlage entbehren, verteidigen. Im Berufungsverfahren ging es um seine skandalösen Haftbedingungen Verweigerung der Post, der Hausbesuche..) und gegen das ungerechte Urteil.

In Wirklichkeit war die Inhaftierung Mahmouds nur ein weiterer Schachzug der Herrschenden. Mahmoud hatte als aktiver Gewerkschafter und Marxist den gemeinsamen Kampf von palästinensischen und israelischen Arbeitern gegen Ausbeuter und Unterdrücker propagiert. Es gab internationale Protestaktionen gegen das Vorgehen der israelischen Justiz, die in über 22 Staaten in allen Kontinenten stattfanden. In Österreich überreichten zwei Vorwärtsredakteure sowie der Vorsitzende der SJ J Wien eine Protesterkklärung und etwa 400 Unterschriften an die israelische Botschaft.

Aufgrund all dieser Proteste und wegen des Drucks, den eine namhafte internationale Delegation, die zur Verhandlung anreiste, auf die Gefängnisleitung ausübte, konnten Haft erleichterungen erreicht werden. Z.B. erhält er nun Einblick in die an ihn adressierte Post, was ihm bis zu diesem Zeitpunkt verweigert worden war. Die Frage allerdings, ob ihn die israelische Regierung noch weiter ungerechtfertigt gefangenhalten will, wird wohl erst im September geklärt werden, da die Verhandlung vertagt wurde.

Mahmoud braucht auch weiterhin Eure Unterstützung. Sendet Protestbriefe an:

Israelische Botschaft  
18, Anton Frank Gasse 20  
Auch finanzielle Unterstützung wird dringend gebraucht.  
Spendenkonto:  
PSK 8812.733 Kennwort: Mahmoud



# VORWÄRTS

## WAS WIR WOLLEN

### LIEBE GENOSSEN/INNEN

Diese Forderungen sind nur ein kurzer Auszug aus unserem Programm. Jede der Übergangsforderungen ist für sich betrachtet notwendig; die Gesamtheit der Forderungen können wir aber nur durchsetzen, wenn wir das kapitalistische System überwinden. Wenn Ihr Anregungen oder Kritik an uns habt, schreibt uns, wir werden jede solidarische Kritik gerne diskutieren.

### BILDUNG

\* Wir fordern kostenlose Bildung für alle und den Ausbau der Möglichkeiten für alle Lohnabhängigen, sich bei voller Lohnfortzahlung weiterzubilden. Besondere Bedeutung soll die gewerkschaftliche Ausbildung erhalten!

### UMVERTEILUNG

\* Für die Einführung der gleitenden Lohnskala! Lohnerhöhungen müssen mindestens die Steigerung der Lebenshaltungskosten abdecken.

\* Mindestlohn von 12.000 öS netto pro Monat für die gesamte arbeitende Bevölkerung!

\* Wir fordern die sofortige Einführung der 35-Stunden Woche bei vollem Lohn und die weitere Senkung der Arbeitszeit entsprechend dem technischen Fortschritt!

### UMWELTSCHUTZ

\* Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Drohen Unternehmer mit Arbeitsplätzeabbau und Fabrikstillegungen -entschädigungslose Überführung in Staatseigentum!

### VERSTAATLICHTE WIRTSCHAFT

\* Schluß mit dem Abbau von Arbeitsplätzen in der Verstaatlichten Industrie!

\* Keine Privatisierung der Verstaatlichten Wirtschaft, im Gegenteil Ausbau der Verstaatlichung auf die Großindustrie, Banken, Versicherungen und Großgrundbesitz!

\* Verwaltung und Kontrolle der Verstaatlichten sollen zu gleichen Teilen Belegschaftsvertreter, Gewerkschaften und Vertreter des Staates übernehmen!

### FÜR EINE GEPLANTE WIRTSCHAFT

\* Planen wir die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Bevölkerungs-

mehrheit, nicht nach den Profiten!

\* Für eine demokratische Planwirtschaft, die unsere Lebensgrundlagen nicht der Profitgier der Kapitalisten ausliefert, auf Grundlage der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel!

\* Demokratische Planung, Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Betriebe, um bürokratische Auswüchse wie in den stalinistischen Staaten zu verhindern!

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!



**Spendenkonto  
PSK 8812.733**

Ich möchte

## VORWÄRTS

unterstützen und bitte  
um weitere Informationen

Name .....

Anschrift .....



Ich möchte

- VORWÄRTS abonnieren  
5 Ausgaben zu 50,- öS   
10 Ausgaben zu 100,- öS   
ein VORWÄRTS-Förderabo  
zu öS ... beziehen   
(ab 50,- öS)  
Auslandsabo(5 Ausgaben:80,-)

Einsenden an:  
VORWÄRTS zur sozialistischen  
Demokratie e.V.  
Postfach 2, A-1080 WIEN